

Umfrage zur Bürokratie in Deutschland

Civey im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Berlin, 19. Februar 2024

INSM-Umfrage: So nervig finden Deutsche die Bürokratie

Fast jeder Zweite in Deutschland hält sich nicht an Bürokratievorgaben.

Dies geht aus der aktuellen Studie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) zum Meinungsbild über die deutsche Bürokratie hervor. Deutlich wird: Bürokratie sorgt vor allem für Wut bei den Bürgern.

Das Meinungsforschungsinstitut Civey hat Mitte Februar für die INSM rund 5.000 Menschen ab 18 Jahre in Deutschland repräsentativ zum Thema Bürokratie befragt.

Die Umfrage ergibt ein deutliches Bild: Insgesamt finden 92 Prozent der Befragten den bürokratischen Aufwand für Bürger und Unternehmen zu hoch, nur 6 Prozent als angemessen. 85 Prozent sagen, es gebe mehr Bürokratie als vor 10 Jahren. Anträge von Behörden werden von 82 Prozent als unverständlich, nur von 16 Prozent als verständlich wahrgenommen. Selbst Beamte schätzen Anträge überwiegend (79 Prozent) als unverständlich ein.

Angesichts des langsamen Fortschritts in Sachen "Behördendigitalisierung" ([INSM Digimeter](#)) ist es wenig verwunderlich, dass die große Mehrheit der Befragten (73 Prozent) unzufrieden mit der digitalen Entwicklung der Verwaltung ist. Zudem geben 64 Prozent an, dass bürokratische Hürden sie schon einmal davon abgehalten haben, einen Antrag zu stellen.

Rund 48 Prozent der Befragten gestehen, schon einmal bürokratische Vorschriften ignoriert oder nicht vollständig eingehalten zu haben. Bei den Beamten haben sogar mehr als 54 Prozent Vorschriften nicht immer korrekt eingehalten. Noch deutlicher wird es bei den leitenden Angestellten: Gut 59 Prozent geben an, bürokratische Regeln nicht oder nicht vollständig anzuwenden. So überrascht es wenig, dass das Thema Bürokratie vor allem Wut, Zorn und Aggression in den Befragten auslöst (43 Prozent). Am wütendsten ist man dabei in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Eine [Umfrage](#) des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn im Auftrag der INSM hatte im November ergeben, dass die Belastung durch Bürokratie inzwischen zu einem zentralen Investitionshemmnis geworden ist. Die Mehrheit der Unternehmen investiert wegen der Bürokratie weniger in Deutschland. Laut IfM-Studie fühlen sich zwei Drittel der Unternehmen in Deutschland unverhältnismäßig stark von staatlicher Bürokratie belastet. Das ist eine Steigerung von 14 Prozentpunkten gegenüber einer ähnlichen Befragung 2018. Infolgedessen planen 58 Prozent aller befragten Unternehmen, zukünftig auf Investitionen in Deutschland zu verzichten. 18 Prozent erwägen wegen der Bürokratie verstärkt im Ausland zu investieren.

INSM-Geschäftsführer Thorsten Alsleben gibt den Politikern aller Parteien eine Mitschuld an dieser erschreckenden Entwicklung:

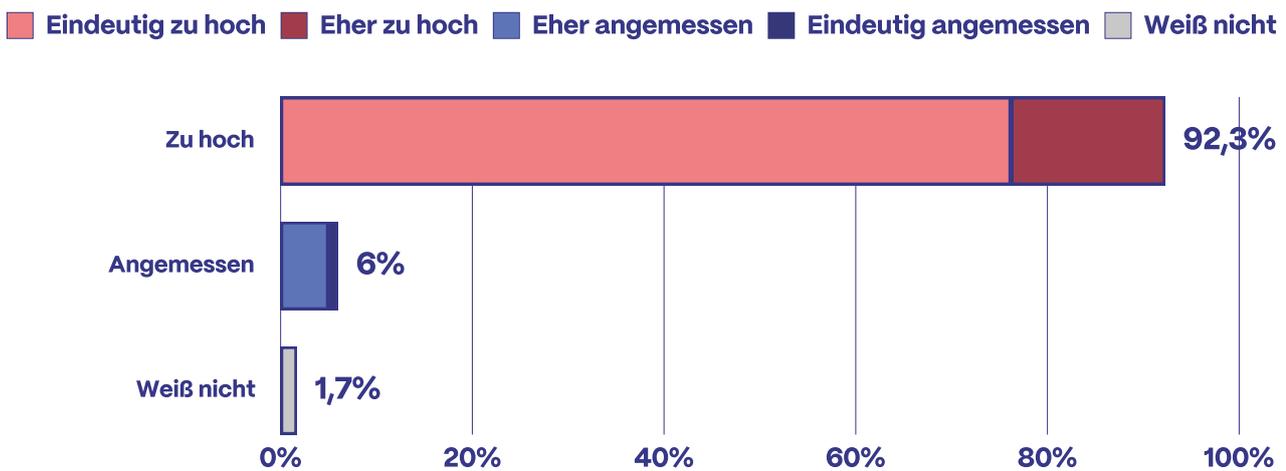
„Jede Regierung verspricht Bürokratieabbau und baut in Wahrheit Bürokratie auf. Wir müssen dem Bürokratiemonster den Kopf abschlagen, indem wir die Zahl der Ministerialbeamten reduzieren. Eine Neueinstellung darf es erst geben, wenn zuvor zwei Beamte ausgeschieden sind. Außerdem brauchen wir Verfallsdaten für Gesetze, damit diese automatisch auslaufen.“

Positionen zum Bürokratieabbau

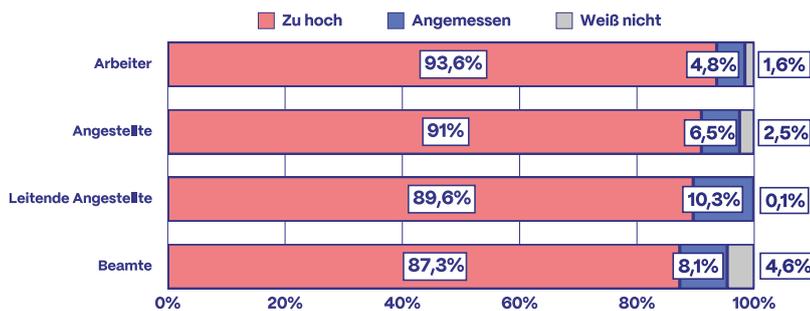
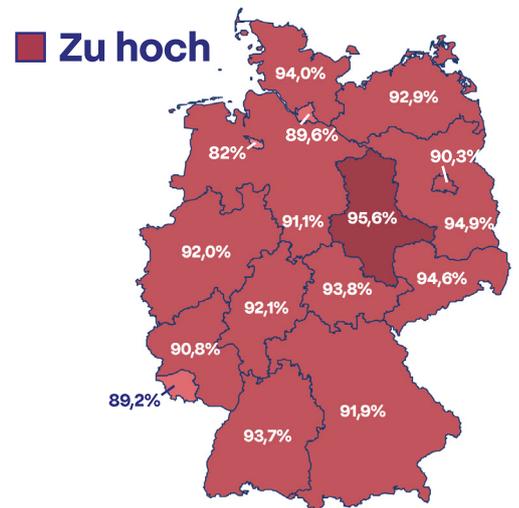


Die Bürokratie erdrückt Deutschland! 92 Prozent finden den bürokratischen Aufwand unangemessen...

Ist der bürokratische Aufwand für Unternehmen und Bürger in Deutschland Ihrer Meinung nach eher zu hoch oder eher angemessen?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24

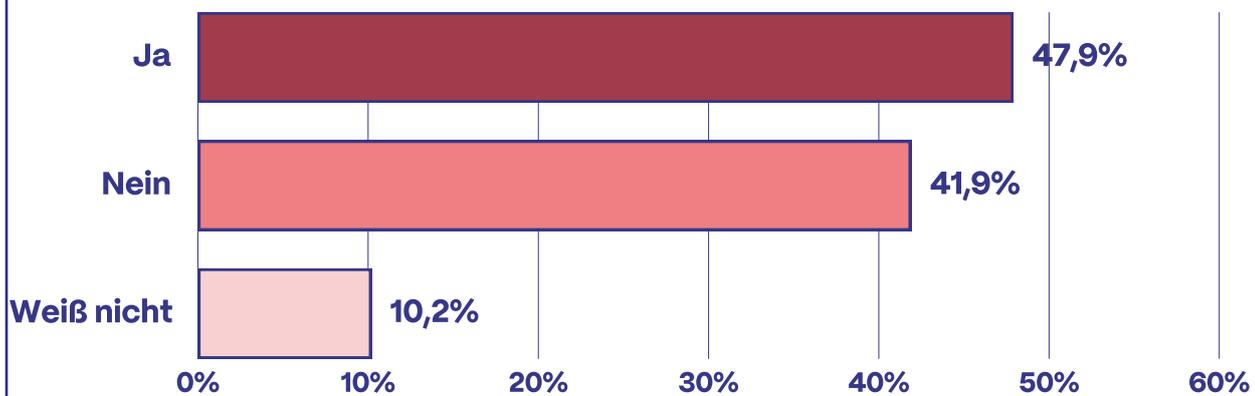


Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24

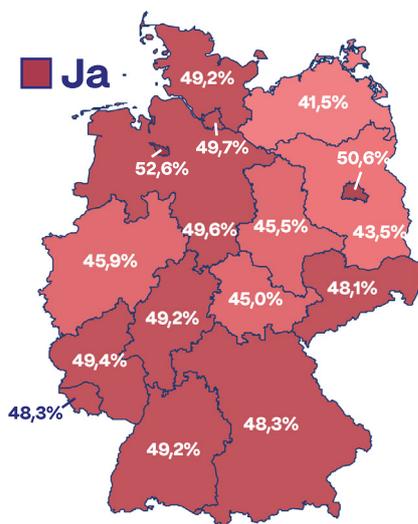
... da ist es wenig verwunderlich, dass knapp jeder zweite Bürger (und mehr als jeder zweite Beamte) bürokratische Vorschriften bewusst ignoriert!

Die Umfrageergebnisse zeigen: Deutschland braucht fundamentale Änderungen zur Entbürokratisierung!

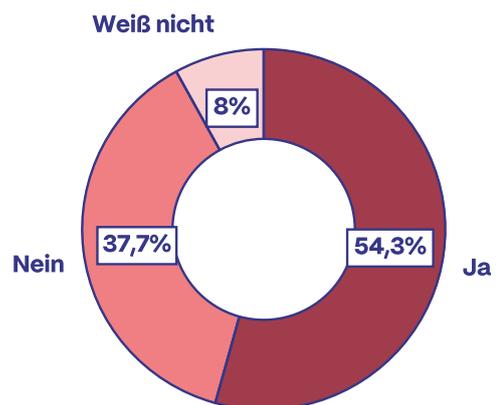
Haben Sie schon einmal bewusst bürokratische Vorschriften ignoriert (z.B. Meldepflichten) oder ungenau eingehalten (z. B. Werte für Anträge nur geschätzt), weil der Aufwand für Sie zu groß war?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24

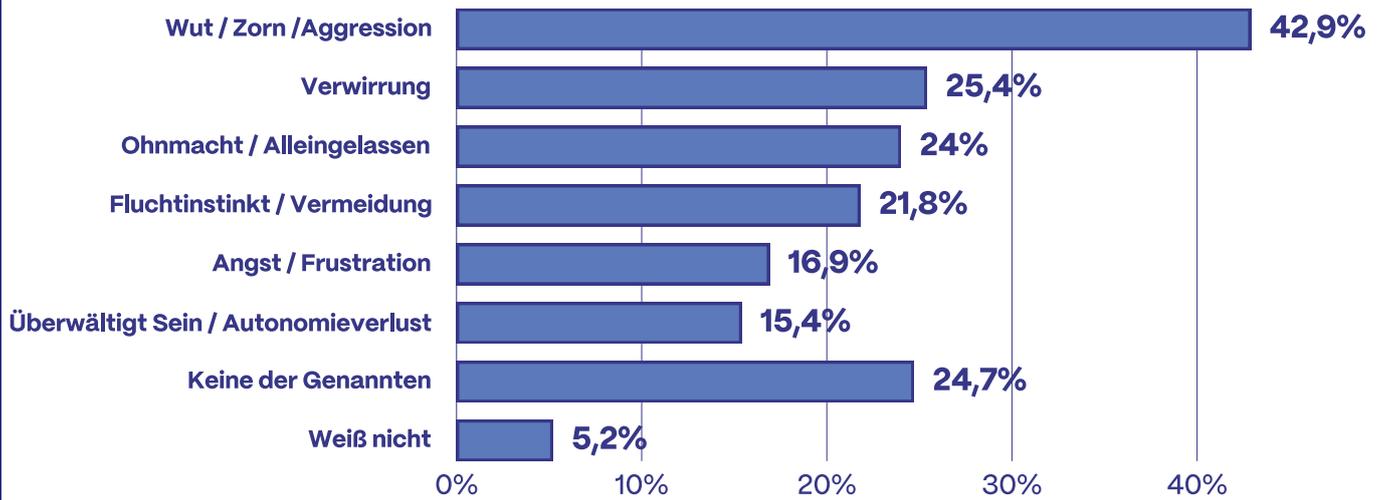


Beamte

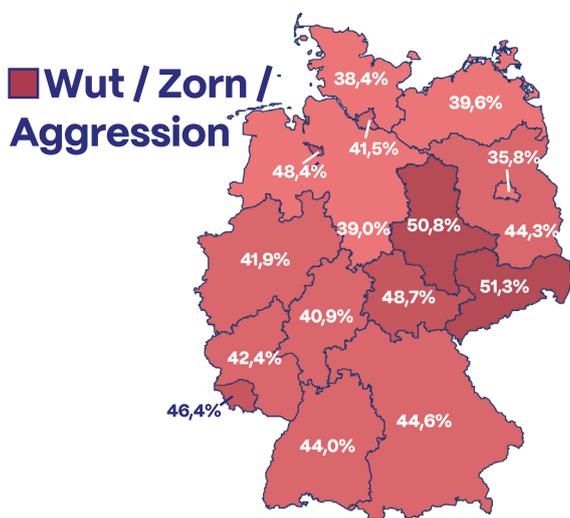
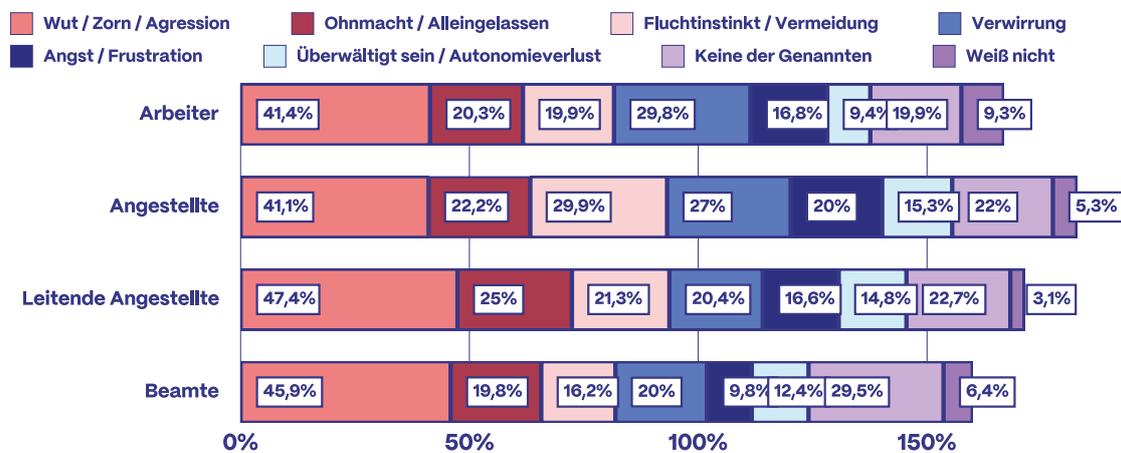


Bürger verzweifeln vielfach an dem Bürokratiewust, den sie im Alltag erleben, vor ihnen aufbaut. Das hemmt Wachstum und schürt Wut.

Welche Gefühle lösen bürokratische Erfordernisse bei Ihnen aus?



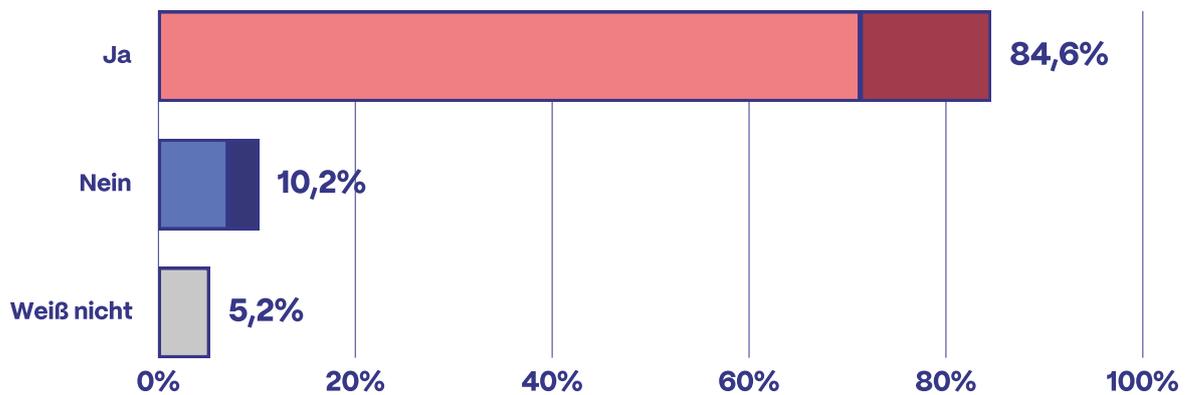
Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24



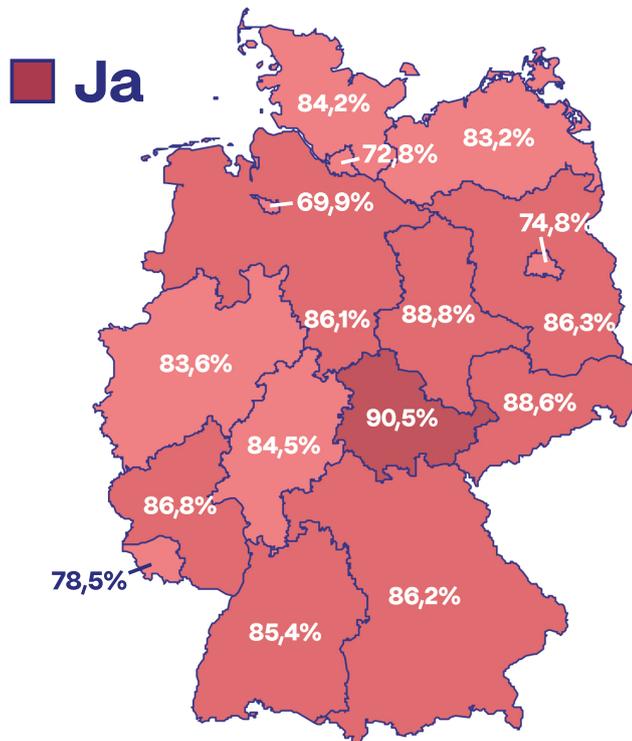
Die Bürokratie-Frustration hat sich in den letzten 10 Jahren, schleichend immer weiter aufgebaut. Eine Entwicklung, die es sofort und nachhaltig zu stoppen gilt und umzukehren.

Sind Sie der Meinung, dass es heute mehr Bürokratie gibt als noch vor 10 Jahren?

■ Ja, auf jeden Fall ■ Eher ja ■ Eher nein ■ Nein, auf keinen Fall ■ Weiß nicht

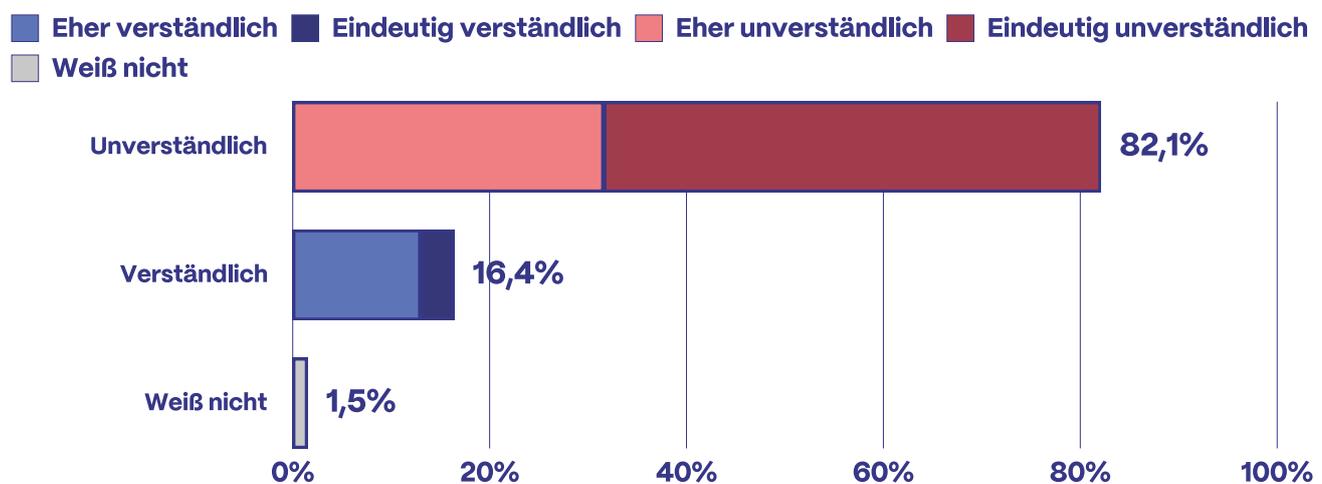


Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24

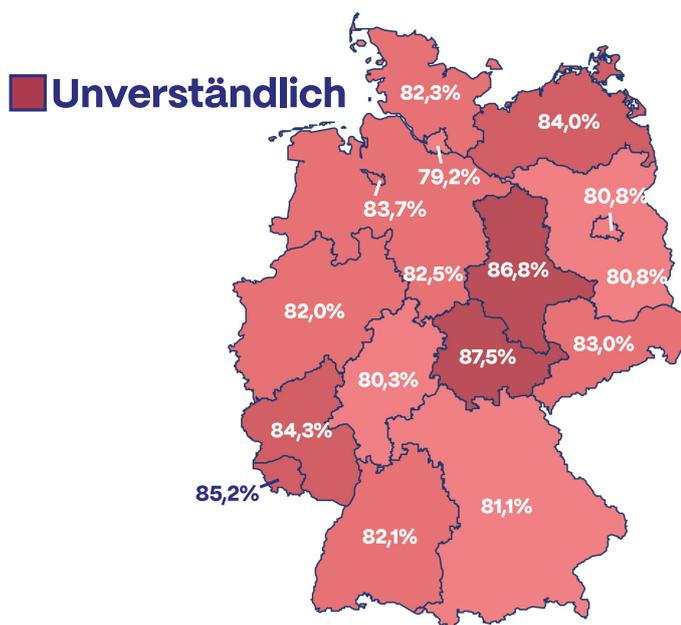


Dabei geht es um mehr als nur einen langsamen Verwaltungsapparat. Vielmehr sind bereits die notwendigen Formulare für die Mehrheit (82 Prozent) unverständlich. Selbst von den Beamten, die im Regelfall in Verwaltungsangelegenheiten geschult sind, sind mehr als drei Viertel (79 Prozent) von amtlichen Formularen überfordert.

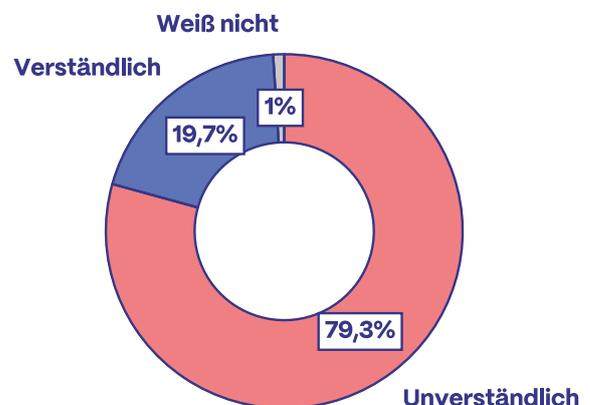
Sind Formulare und Anträge von Behörden Ihrer Meinung nach eher verständlich oder eher unverständlich formuliert?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24

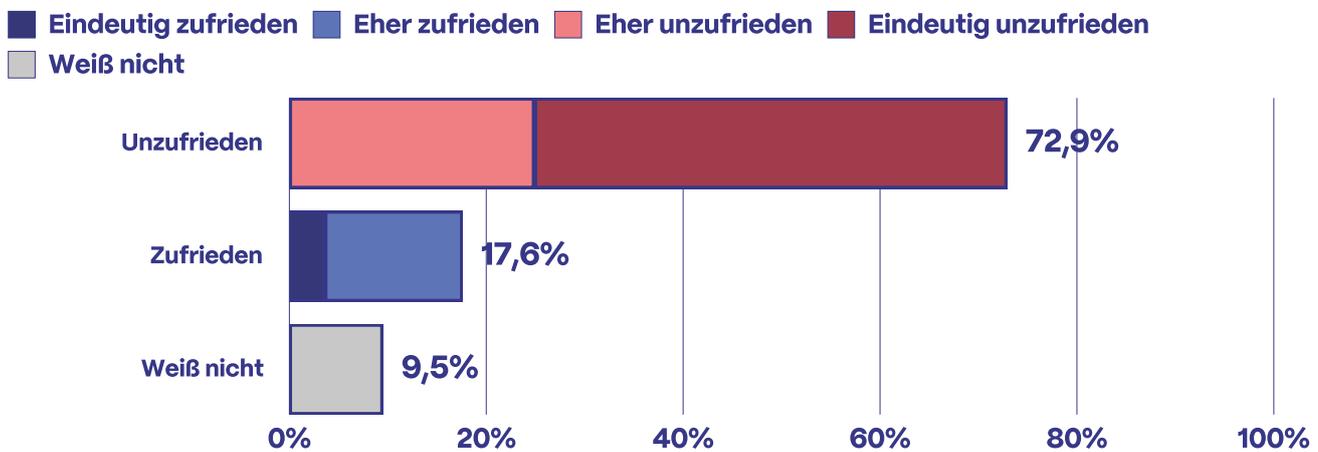


Beamte

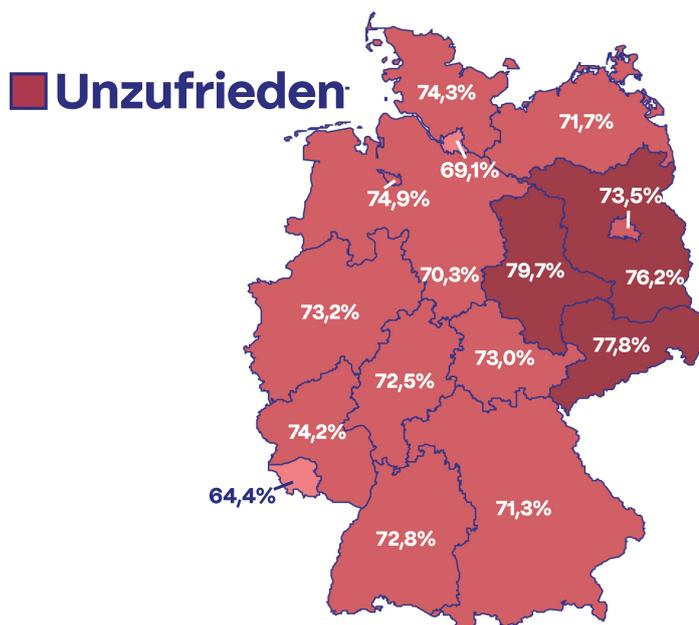


Obwohl die Ampelregierung als „Fortschrittskoalition“ das Ziel ausgegeben hatte, Deutschlands Verwaltung digitaler zu machen, sind nur 153 der geplanten 575 öffentlichen Serviceangebote bundesweit online verfügbar. Dies hat bereits das „Behörden-Digimeter“, ein regelmäßiges Monitoring der digitalen Verwaltungsdienstleistungen durch das Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) im Auftrag der INSM gezeigt. Das ist allerdings auch ein Versäumnis der Länder. Die jüngste Veröffentlichung Anfang Februar 2024 zeigte: Gerade einmal 48 Serviceangebote mehr als Ende 2022 sind digital verfügbar. Damit erfüllen Bund und Länder lediglich etwa 27 Prozent des bereits für Ende 2022 angestrebten Ziels. Kein Wunder also, dass sich dies auch in der aktuellen Studie der INSM widerspiegelt. Rund 73 Prozent der Befragten sind mit dem digitalen Angebot und der Leistung ihrer Behörden unzufrieden. Eine Unzufriedenheit, die sich durch alle Bundesländer zieht. Die geringste Unzufriedenheit gibt es in Hamburg, das auch die meisten digitalen Dienstleistungen von allen Bundesländern anbietet.

Sind Sie mit der digitalen Entwicklung der Behörden (z.B. Online-Formulare) eher zufrieden oder eher unzufrieden?



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24

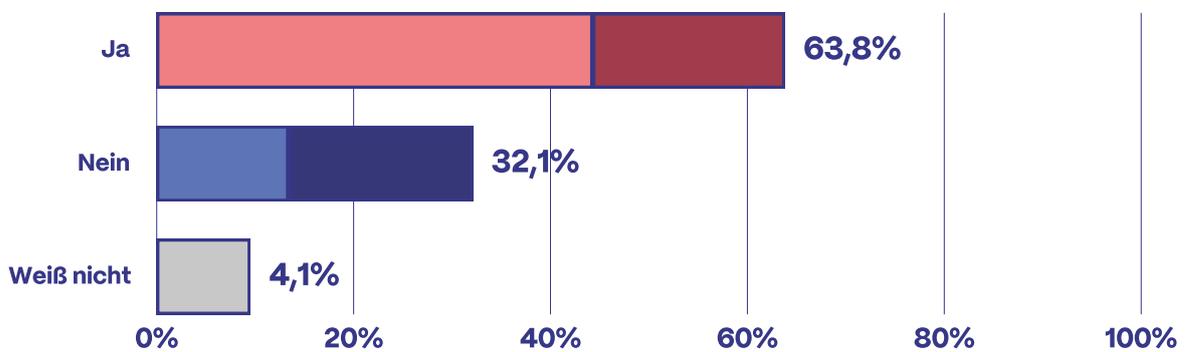


Besonders kritisch wird es, wenn Unzufriedenheit, gepaart mit Wut, Frustration und mangelndem Verständnis dazu führt, dass Anträge gar nicht erst gestellt werden.

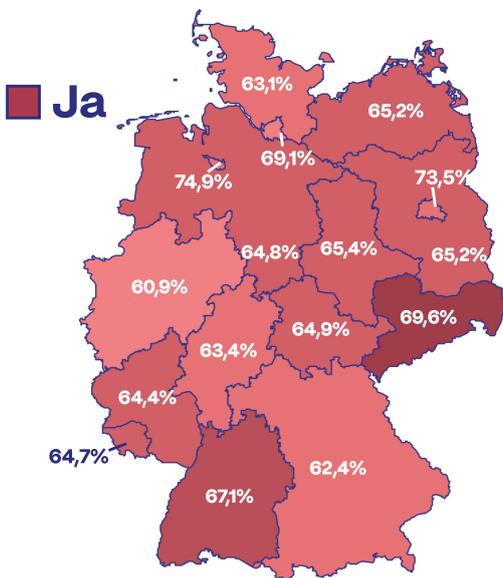
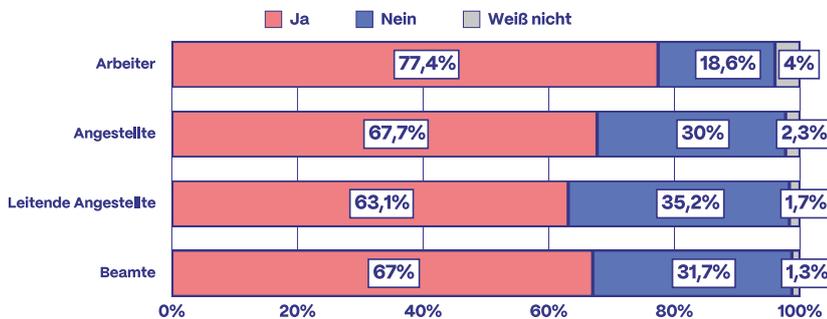
Dies kann mitunter dazu führen, dass zustehende Ansprüche nicht eingefordert, Förderungen nicht in Anspruch genommen und Investitionen gar nicht erst getätigt werden. Eine Befürchtung die längst Realität geworden ist. Fast zwei Drittel (rund 64 Prozent) gab an, Anträge mitunter gar nicht zu stellen, weil der bürokratische Aufwand zu groß geworden ist.

Gab es Situationen, in denen bürokratische Hürden Sie davon abgehalten haben, einen Antrag oder ähnliches zu stellen?

■ Ja, auf jeden Fall
 ■ Eher ja
 ■ Eher nein
 ■ Nein, auf keinen Fall
 ■ Weiß nicht



Stat. Fehler Gesamtergebnis: 2,5% | Stichprobengröße: 5.024 | Befragungszeitraum: 12.02.24 - 14.02.24



Impressum

Herausgeber: INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH,
Georgenstraße 22, 10117 Berlin
Geschäftsführer: Thorsten Alsleben
Kontakt: info@insm.de
Grafische Gestaltung: INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Stand: Februar 2024

Das Markt- und Meinungsforschungsunternehmen Civey hat im Auftrag der INSM von vom 12. bis 14. Februar 2024 zum Thema Bürokratie befragt. In einer Online-Umfrage wurden insgesamt 5024 Personen befragt, das Ergebnis ist bei einem statistischen Fehler von 2,5% des Gesamtergebnisses signifikant.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert. Sie steht für Freiheit und Verantwortung, Eigentum und Wettbewerb, Haftung und sozialen Ausgleich als Grundvoraussetzung für mehr Wohlstand und Teilhabechancen.